

II-4938 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2440 J

1992-02-26

Anfrage

der Abgeordneten Madeleine Petrovic und FreundInnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend: Ausübung der Bankenaufsicht am Beispiel der Österreichischen Länderbank AG.

In Beantwortung der Parlamentarischen Anfrage 1909/J hat Bundesminister Lacina anlässlich der Fusion der Österreichischen Länderbank AG. mit der Zentralsparkasse und Kommerzialbank ausgeführt, daß die vom Grünen Klub kritisierte Leistung von 136 Millionen Schilling im Rahmen eines Budgetüberschreitungs-gesetzes sich auf die seinerzeitige Sanierungsbeteiligung der Öffentlichen Hand im Zusammenhang mit den Eumig- und Klimatechnik-Pleiten ergab; es wurde betont, es handle sich um einen Zinsenersatz bis zum 31.9.1991, obwohl die Fusion der Österreichischen Länderbank AG. mit der Zentralsparkasse und Kommerzialbank AG. rückwirkend zum 31.12.1990 vorgenommen worden war. Darüber hinaus erwähnt Minister Lacina in der genannten Anfragebeantwortung eine "Einmalabgeltung" der noch offenen FGG-garantierten Forderungen in Höhe von 2.425.789.683,79 S, welche mit 1.10.1991 inkraft getreten sei. Über die Höhe dieser Einmalabgeltung wird keine Aussage getroffen.

Im Lichte der jüngsten Medienberichterstattung (siehe Beilage), wonach der Steuerzahler um einen Betrag in der Größenordnung von zwei Milliarden Schilling geprellt wurde, stellt sich die Frage nach der Verletzung der strafrechtlichen Krida-Bestimmungen bzw. nach der Wirksamkeit der österreichischen Bankenaufsicht, da das Verhalten des Finanzministeriums bzw. des Bundeskanzleramtes retrospektiv den Eindruck der Vertuschung eines Megaskandals unter Zuhilfenahme von Geldern der österreichischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erweckt.

Und während diese Bundesregierung eine regelrechte Jagd auf angeblich arbeitsunwillige "Sozialschmarotzer" veranstaltet und durch oftmals völlig willkürliche Anwendung des § 10 Arbeitslosenversicherungsgesetzes 150 Millionen Schilling "eingespart" hat, scheinen die verantwortlichen Manager für diese neuerliche Superpleite der Länderbank - möglicherweise um deren Stillschweigen zu erkaufen - buchstäblich durch Versetzung auf die bekanntermaßen äußerst lukrativen Gaskoks-Posten "vergoldet" zu werden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen in diesem Zusammenhang die folgende

- 2 -

Anfrage:

1. Wann haben Sie zum ersten Mal über die neuerlichen Schwierigkeiten der Österreichischen Länderbank AG im Zusammenhang mit dem Mehrheitserwerb der Sovereign-Leasing erfahren ?
2. Was haben Sie als für die Bankenaufsicht zuständiger Bundesminister nach Bekanntwerden der Megapleite veranlaßt ?
3. Wie verhält sich das Schadensausmaß des Sovereign-Flops
 - a) zur Bilanzsumme der damals nicht fusionierten Länderbank AG. ?
 - b) zum letzten ausgewiesenen Gewinn/Verlust der Länderbank AG (1990) ?
 - c) zum Cash-Flow der Länderbank AG. im Jahre 1990 ?
4. Wie waren die entsprechenden Kennzahlen (Bilanzsumme/Gewinn/Cash Flow) der Zentralsparkasse und Kommerzialbank per Ende 1990 ?
5. Hätte die Länderbank AG. ohne Schwierigkeiten die Sovereign-Pleite verkraftet ? Wenn nein, wieso haben Sie im Rahmen der Bankenaufsicht keine Konsequenzen gezogen ?
6. Wie beurteilen Sie das Verhalten der Länderbankmanager sowie Ihr eigenes Verhalten im Lichte der strafrechtlichen Kridabestimmungen, wonach eine nur durch das Eingreifen der Öffentlichen Hand vermiedene Pleite nicht von allfälligen Kridahaftungen entlastet ?
7. Wie beurteilen Sie persönlich den finanziellen Aufstieg von Vorstandsdirektor Cordt, der maßgeblich für diese neuerliche Länderbank-Pleite verantwortlich zeichnet ?
8. Sie haben in Beantwortung des seinerzeitigen Punktes 9) der Grünen Länderbankanfrage mitgeteilt, daß der Herr Bundeskanzler sowohl über die beabsichtigte Fusion als auch über die "vorbereitenden Maßnahmen" informiert war. Somit müssen auch diese "Krida-nahen Umstände" dem Herrn Bundeskanzler bekannt gewesen sein. Wie beurteilen Sie persönlich die Rolle des Herrn Bundeskanzlers als Koordinator der österreichischen Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit dem Versuch der Vertuschung einer Megapleite ?
9. In Beantwortung des seinerzeitigen Punktes 3) und 6) der Grünen Länderbankanfrage machen Sie darauf aufmerksam, daß die Vereinbarung über die Leistungen des Bundes an die damals offensichtlich schon schwer angeschlagene Länderbank "Voraussetzung der Fusion war und nicht deren Folge". Im Lichte des ans Tageslicht gekommenen Skandals spricht diese Ihre seinerzeitige Anfragebeantwortung ganz klar dafür, daß der Staat und Sie als Finanzminister offenbar erpreßt wurden, um eine neuerliche Pleite der Länderbank vor den Augen der Öffentlichkeit zu verschleiern. Wie äußern Sie sich zu diesem Vorwurf ?

- 3 -

10. Wie hoch war die einmalige Abschlagszahlung der FGG ? Wurde im Vertrag über die Einmalabgeltung der FGG (Oktober 1991!) dem Gesetz konform auf die durch Fusion geänderte Geschäftsgrundlage Bezug genommen ? Wenn nein, warum nicht ?
11. Aus gut informierten Bankenkreisen war in Erfahrung zu bringen, daß die seinerzeitige Rochade im Staatssekretariat Finanzen (der Austausch von Abgeordneten Stummvoll durch Abgeordneten Dietz) sehr wohl im Zusammenhang mit der negativen Haltung Stummvolls zu diesem Deal stand. Wie beurteilen Sie im Lichte der jüngsten Informationen Ihre seinerzeitige Antwort auf Frage 10) der Grünen Länderbankanfrage ?
12. In Bankenkreisen wird auch die KTM-Insolvenz mit den Länderbank-Vertuschungen in Verbindung gebracht, da die (schwarze) Girozentrale offenbar über das Mitspielen der ÖVP, insbesondere des seinerzeitigen Wirtschaftssprechers Dr. Taus, bei diesem Länderbank-Coup aufgebracht war. Welche persönliche Meinung haben Sie zu dieser in Bankenkreisen sehr offen ausgesprochenen Vermutung ?
13. Glauben Sie nicht, daß der Ruf der österreichischen Banken in Mißkredit kommen könnte, wenn die Bankenaufsicht derart lax gehandhabt wird und der Anlegerschutz offenbar nur noch durch Abreden hinter den Kulissen beachtet wird ?
14. Welche Änderungen bei der Ausübung der Bankenaufsicht planen Sie als Lehre aus der zweiten Länderbankpleite ?